

Viertelbewohner klagen über Müll



Auf dem Podium (von links): Ortsamtsleiterin Hellena Hartung, Sönke Busch (Initiative „Kulturschutzgebiet Viertel“), Bausenator Joachim Lohse, Kulturstatsrätin Carsten Emigholz, Felix Grundmann (Heartbreakhotel) und Rechtsanwalt Andreas Reich. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Bremen (ala). Die Bewohner von Oster- und Steintor treibt offenbar mehr der Ärger über Müll in den Straßen um als Lärm, der von Musikneipen und Diskotheken aus-

geht. Diesen Schluss legt zumindest die Diskussion am Dienstagabend in der Schauburg nahe. Eingeladen hatte der WESER-KURIER, nachdem Wirte darüber geklagt

hatten, dass sie sich immer häufiger Beschwerden von Nachbarn ausgesetzt sähen. Dieses Thema kam zwar ebenfalls zur Sprache, doch größeren Raum nahmen die

Klagen über die „Kommerzialisierung“ des Viertels ein. Müll und Glasbruch seien in erster Linie eine Folge der zunehmenden Zahl von Kiosken, hieß es. **Thema Seite 9**



Sieling will einen Neuanfang

Berlin. Gutes weiterführen, aber auch vieles anders machen – so lassen sich Carsten Sielings (SPD) Pläne für sein neues Amt zusammenfassen. Wenn die Bremer SPD ihn am 2. Juni auf ihrem Landesparteitag aller Voraussicht nach zum Bürgermeisterkandidaten wählt, beginnt für den gebürtigen Nienburger ein neuer Lebensabschnitt. Doch davon will Sieling noch nichts wissen: Seit gestern ist der Bundestagsabgeordnete wieder in Berlin – im Terminkalender stehen Fraktions- und Ausschusssitzungen, und zwischendurch gibt es jede Menge Glückwünsche von Parteigenossen. „Nicht ohne Stress“ sei das, doch ob er will oder nicht: Seit Bekanntgabe seiner Kandidatur am Montag ist Sieling ein gefragter Mann. „Wenn ich gewählt werde, dann verstehe ich meine Aufgabe so, Bremen auch stark nach außen zu vertreten“, sagte Sieling. Mit ihm soll Bremen eine stärkere Rolle in der Bundespolitik spielen, dafür will er seine Kontakte in Berlin nutzen. Gar einen „Neuanfang der Politik des Senats“ soll es geben. Das sei die Konsequenz, die man aus der niedrigen Wahlbeteiligung und dem desaströsen Ergebnis der Bremer SPD ziehen müsse. Wenn er denn Bürgermeister wird – seine Berliner Wohnung habe er jedenfalls noch nicht gekündigt, erklärte er im Gespräch mit dem WESER-KURIER. **Interview Seite 8**

Syrien-Kämpfer machen Bremen zu schaffen

Islamismus dominiert Verfassungsschutzbericht / Mäurer fordert Präventionsprogramm

VON RALF MICHEL

Bremen. Im Kampf gegen den islamistischen Terror setzt Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) auf ein nationales Präventionsprogramm. Das bisherige Klein-Klein in diesem Bereich sei keine adäquate Antwort auf die Bedrohungslage, erklärte Mäurer am Dienstag im Rahmen der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2014. „Das ist eine Aufgabe des Bundes, der dafür Mittel zur Verfügung stellen muss.“

Der Islamismus sei 2014 das dominierende Thema gewesen, zogen Mäurer und der Leiter der Landesbehörde, Hans-Joachim von Wachter, ein Fazit zur Arbeit der Bremer Verfassungsschützer im vergangenen Jahr. Bundesweit seien bislang mindestens 680 Personen aus islamistischer Motivation nach Syrien oder in den Irak ausgehert. Aus Bremen seien es 20 Erwachsene und Jugendliche mit elf Kindern gewesen. „Eine relativ starke Gruppe“, bewertet Mäurer diese Zahl. Vier von ihnen sollen im Kriegsgebiet inzwischen ums Leben gekommen sein. Für den Innensenator ein deutlicher Hinweis darauf, dass es sich nicht um Pilgerreisen gehandelt hat. Die Betroffenen hätten sich aktiv an den Kämpfen des Islamischen Staates (IS) beteiligt.

Für Hans-Joachim von Wachter besteht denn auch kein Zweifel an dem „unbedingten Willen dschihadistisch ausgerichteter Gruppen, jede sich bietende Gelegenheit für einen Anschlag in einem westlichen Staat zu nutzen“. Die Ereignisse seit Beginn des Jahres hätten die konkrete Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus und dessen Nähe zu Bremen deutlich unter Beweis gestellt, schlug Innensenator Mäurer in dieselbe Kerbe.

Die größte Gefahr geht dabei laut Sicherheitsbehörden von fanatisierten Einzeltätern oder Kleinstgruppen aus. Dieser Täter-

typus entspreche den strategischen Überlegungen von IS und Al-Kaida, betonte Mäurer und kündigte an, dass die Beobachtung dieser Szene auch 2015 zentrales Thema beim Verfassungsschutz sein werde. Auf wem dabei der Fokus liegt, sagt er ganz deutlich: Nach dem Verbot des „Kultur- und Familienvereins“ (KuF) stehe in Bremen nur noch eine zentrale Anlaufstelle für Salafisten zur Verfügung: das „Islamische Kulturzentrum“ (IKZ), das zuletzt im Zuge der Terrorwarnung Ende Februar durchsucht worden war.

Die Zahl der Salafisten beziffert der Verfassungsschutzbericht 2014 auf 360. Anders als im Bundesgebiet, wo sie sich in den vergangenen drei Jahren von 2600 auf mehr als 7000 fast verdreifacht habe, sei die Zahl der Salafisten in Bremen damit nahezu unverändert geblieben. Für Mäurer neben der Arbeit des Verfassungsschutzes auch ein Verdienst des in Bremen eingerichteten Beratungsnetzwerks „Kitab“, einer Erstanlaufstelle für Hilfesuchende.

Ein zentrales Problem sieht Mäurer in der Frage, wie mit denen umgegangen wird, die aus den Kampfgebieten nach Bremen zurückkehren. Zwischenzeitlich sei bundesweit ein Drittel wieder in Deutschland, davon sieben Erwachsene und Ju-

gendliche sowie drei Kinder in Bremen. „Der eine oder andere Rückkehrer mag ja zur Vernunft gekommen sein, aber was machen wir mit denen, die radikalisiert zurückkommen?“, fragte Mäurer und sprach in diesem Zusammenhang von einem „extremen Personalaufwand“.

Ein weiterer Beobachtungsschwerpunkt des Verfassungsschutzes war 2014 der Rechtsextremismus. Zwar sei kein Zuwachs im organisierten Bereich festzustellen, sehr wohl aber im aktionsorientierten Bereich bei den Sympathisanten und deren Aktionen, wie etwa den Hooligans. Zudem habe sich der harte Kern der Rechtsextremisten verfestigt und werde zunehmend radikaler und gewalttätiger. Dies spiegelt sich auch im Anstieg der rechtsextremistischen Delikte wider: 142 Straftaten stehen für 2014 zu Buche, im Jahr davor waren es 115. Bei der politisch motivierten linken Kriminalität sei dagegen ein starker Rückgang zu verzeichnen. Hier registrierte das Landesamt im vergangenen Jahr 77 Straftaten, 2013 waren es 116.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7

Den kompletten Verfassungsschutzbericht können Sie als PDF downloaden, wenn Sie das Bild scannen.



Verfassungsschützer Hans-Joachim von Wachter (links) und Ulrich Mäurer. FOTO: KOCH

Tausende fliehen vor IS-Miliz



Auf der Flucht: Einwohner von Ramadi verlassen die Stadt. FOTO: DPA

Bagdad. Der weitere Vormarsch der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im Westirak hat eine neue Flüchtlingswelle ausgelöst. Nach der Einnahme der Provinzhauptstadt Ramadi durch die Extremisten flohen nach UN-Angaben knapp 25.000 Menschen aus der Region. Die meisten von ihnen versuchten, in die Hauptstadt Bagdad zu gelangen, teilte die Regionalstelle des UN-Nothilfebüros (Ocha) im Irak mit. Iraks Regierung beschloss am Dienstag zugleich nach eigenen Angaben, neue Kräfte für die Rückeroberung Ramadis zu rekrutieren.

Die Sunniten im Westirak warfen der Regierung vor, Tausenden Flüchtlingen den Weg nach Bagdad zu versperrern. Die Menschen könnten den Euphrat nicht überqueren, weil südöstlich von Ramadi eine Brücke über den Fluss gesperrt sei, sagte der Vorsitzende des Provinzrates von Al-Anbar. Offenbar befürchtet die Regierung, unter die Flüchtlinge könnten sich IS-Kämpfer gemischt haben, um unbemerkt nach Bagdad zu kommen. **Thema Seite 3**

Grüne: A 20 und A 39 zu teuer

Finanzexperte fordert realistische Verkehrsplanung

Hannover (hpm). Angesichts eines seiner Meinung nach „illusorischen“ Fernstraßen-Neubauprogramms hat der grüne Finanzexperte Sven-Christian Kinder den Verzicht auf neue Autobahnen wie die A 20 und A 39 in Niedersachsen zugunsten von dringend erforderlichen Straßen- und Brückensanierungen gefordert. „Wir brauchen klare Vorfahrt für den Erhalt und ein Stoppschild für den Neubau“, sagte das Mitglied des Bundestags-Haushaltsausschusses dem WESER KURIER. „Die Fertig-

stellung aller durch das Land Niedersachsen angemeldeten Projekte würde bei gleichbleibender Ausstattung mit Bundesmitteln bis ins Jahr 2101 dauern“, erklärte Kinder mit Verweis auf Zahlen des Bundesverkehrsministeriums.

„Die A 20 und die A 39 sind also schlicht unfinanzierbar“, betonte der Abgeordnete. „Es wird endlich Zeit für eine realistische und bedarfsorientierte Planung von Verkehrsinfrastruktur.“

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 14

Bahnstreik ohne Ende

Verhandlungen erneut gescheitert / GDL nennt keine Dauer

Berlin-Hannover. Bahnreisende müssen sich von Mittwoch an auf den nächsten Lokführerstreik einstellen. Betroffen war am Dienstag zunächst nur der Güterverkehr, die Personenzüge sollten nach Angaben der Gewerkschaft GDL von Mittwochfrüh um 2 Uhr an ebenfalls bestreikt werden. Die NordWestBahn und der Metronom würden nach dem normalen Fahrplan verkehren, wie Sprecher mitteilten. Es ist bereits die neunte Streikrunde im laufenden Tarifkonflikt. Die GDL kündigte zunächst kein

Streikende an, betonte aber, es handle sich nicht um einen unbefristeten Ausstand. Er soll über die Pfingstfeiertage andauern. Am Dienstag gab es noch einen Vermittlungsversuch. Bahn und GDL loteten bei einem Treffen in Frankfurt die rechtlichen Bedingungen einer möglichen Schlichtung aus. Als unabhängige Instanz nahm der frühere Bundesarbeitsrichter Klaus Bepler teil. Die Gespräche sollten „kurzfristig fortgesetzt“ werden, sagte eine Bahn-Sprecherin. **Bericht Seite 17**

INHALT	
Familienanzeigen	12, 18
Fernsehen	28
Lesermeinung	22
Rätsel & Roman	27
Veranstaltungsanzeigen	12
Immobilienmarkt	24

H 7166 • 28189 BREMEN



NIEDERSACHSEN

EU setzt Land unter Druck

Norden. Dem Land Niedersachsen drohen hohe Vertragsstrafen durch die Europäische Union, wenn es nicht bald weitere Natur- und Vogelschutzgebiete ausweist sowie die Qualität des Grundwassers deutlich verbessert. Schon heute seien die Trinkwasserkörper auf fast 60 Prozent der Landesfläche in schlechtem Zustand, erklärte Umweltstaatssekretärin Almut Kottwitz am Dienstag in Norden. **Seiten 2 und 13**



WIRTSCHAFT

Manfred Ernst ist tot

Bremen. Manfred Ernst war 22 Jahre Chef der stadteigenen Flughafen GmbH, am Sonntag starb er im Alter von 71 Jahren. Bekannte berichteten, er sei bei einer Fahrradtour in Stadthagen einem Herzversagen erlegen. Manfred Ernst gilt als Wegbereiter des modernen Flughafens in Bremen. Nach Vorwürfen gegen ihn wurde er 2008 von seinem Posten entbunden. Aber in der Flughafenbranche blieb er weiter aktiv. **Seite 15**



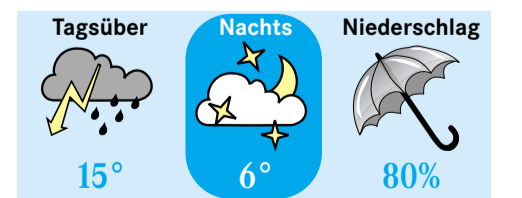
HANNOVER

Neue Vorwürfe gegen Polizisten

Hannover. In der Affäre um die Misshandlung zweier Flüchtlinge durch einen Bundespolizisten in Hannover sind neue Vorwürfe bekannt geworden. Danach soll der 39-jährige Beschuldigte einen Kollegen mit der Waffe bedroht haben. Der Hamburger Kriminalwissenschaftler Rafael Behr, der auch in der Polizeiausbildung tätig ist, zeigt sich in einem Interview wenig überrascht von den Vorgängen in Hannover. **Seite 14**



WETTER



Kräftige Schauer und Gewitter
Bei einem Mix aus Sonne und Wolken ziehen gebietsweise kräftige Schauer und Gewitter vorüber.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell